BAG ÖRT

Fachverband Jugendsozialarbeit | Örtlich regional Bundesweit vernetzt

# JUGENDSOZIALARBEIT IM FOKUS

## ANALYSE DER WAHLPROGRAMME ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025

# Vorbemerkung

Aufgrund der Vorverschiebung des Termins für die 21. Bundestagswahl auf den 23. Februar 2025 erhielt die BAG ÖRT von den Parteien keine Antworten auf ihre Wahlprüfsteine. Daher wurden auf Grundlage der Wahlprüfsteine die verschiedenen Wahlprogramme der sieben im Bundestag vertretenen Parteien analysiert und auf folgenden Themenbereiche hin ausgewertet:


- Stärkung der Angebote der Jugendsozialarbeit, Jugendberufshilfe (S. 5-6)
- Berufliche Bildung/ Passungsprobleme am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt (S. 7-8)
- Fachkräftemangel in der sozialen Arbeit und Bildung (S. 9-10)
- Demokratieförderung und Extremismusprävention bei Jugendlichen (S. 11-12)
- Teilhabe benachteiligter junger Menschen (S. 13-14)
- Integrationsmaßnahmen für junge Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte (S. 15-16)
- Inklusion/ junge Menschen mit Behinderung (S. 17-18)
- Umgang mit digitalen Medien und Künstlicher Intelligenz (S. 19-20)
- Wohnraum für benachteiligte junge Menschen (S. 21-22)
- Förderung der psychischen Gesundheit junger Menschen (S. 23-24)


Diese Themen sind zentral für die Zielgruppe und Träger der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe.

# Bewertung der Parteien

**CDU/CSU** und **FDP** legen Wert auf steuerliche Anreize, Entlastung von Besserverdienenden und weniger Bürokratie, was möglicherweise wirtschaftlich sinnvoll ist, aber nicht direkt die Bedürfnisse benachteiligter junger Menschen adressiert. Ihre restriktiveren Ansätze bei der Integration und Asylpolitik könnten die soziale Teilhabe einschränken.

Die **SPD** verfolgt für die Jugendsozialarbeit relevante Ziele, insbesondere durch das Startchancenprogramm und die Förderung von Jugendberufsagenturen. Ihre Ansätze zur Bekämpfung von Kinderarmut und zur Verbesserung der psychischen Gesundheit junger Menschen können sich positiv auf benachteiligte junge Menschen auswirken.

Die **Grünen** räumen Bildungsgerechtigkeit, sozialer Teilhabe und der Unterstützung benachteiligter junger Menschen einen hohen Stellenwert ein. Ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut, Förderung von Jugendberufsagenturen und psychosozialen Angeboten entsprechen den Zielen der Jugendsozialarbeit.

Die **Linke** setzt sich für soziale Gerechtigkeit, Umverteilung und Inklusion ein. Ihre Forderungen nach einem bundesweiten Mietendeckel und umfassenden sozialen Leistungen wirken jedoch sehr ambitioniert. Für benachteiligte Jugendliche planen sie umfassende Maßnahmen.

# Bewertung der Parteien

Das **BSW** betont soziale Gerechtigkeit, Investitionen in Bildung und öffentliche Infrastruktur sowie eine gerechte Steuerpolitik, verfolgt gleichzeitig eine schärfere Asylpolitik statt umfassender Integrationsmaßnahmen. Die Ablehnung vermeintlich "ideologiegetriebener" Projekte könnten zu Spannungen bei spezifischen Maßnahmen führen.

Die **AfD** verfolgt restriktive Ansätze, insbesondere in der Asyl- und Integrationspolitik, und legt weniger Wert auf soziale Teilhabe und Inklusion. Sie setzt stark aufs Leistungsprinzip, wobei ungleich verteilte Startchancen nicht thematisiert werden. Die Förderung junger benachteiligter Menschen kommt in ihrem Wahlprogramm kaum vor.

# Fazit der Parteipositionen

## 1. Stärkung der Angebote der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe

Der Begriff Jugendsozialarbeit kommt in allen Wahlprogrammen nur ein einziges Mal - nämlich bei den Grünen - vor. Jugendberufshilfe wird nicht erwähnt. Eine frühere und verstärkte Berufsorientierung wird hingegen fast durchgängig in den Wahlprogrammen gefordert.

Die Parteien setzen unterschiedliche Schwerpunkte bei der Stärkung der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe. Während CDU/CSU und SPD auf strukturierte Berufsorientierung und den Ausbau bestehender Programme setzen, legen die Grünen und Linken besonderen Wert auf die Unterstützung von Kommunen und die Aufstockung finanzieller Mittel. Das BSW möchte in eine jugendfreundliche Infrastruktur investieren. Die FDP schlägt innovative Ansätze, wie ein berufliches Orientierungsjahr vor, während die AfD sich auf frühe Berufsorientierung beschränkt.

# Vergleich: Wahlprogramme der Parteien

## 1. Stärkung der Angebote der Jugendsozialarbeit & Jugendberufshilfe

| CDU/CSU | SPD | DIE GRÜNEN | DIE LINKE | FDP | BSW | AfD |
|---|---|---|---|---|---|---|
| • Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe: Sicherstellung verlässlicher Strukturen<br>• Berufsorientierung: Strukturierte und individuelle Ansätze zur Senkung der Anzahl an NEETs (Not in Education, Employment, or Training)<br>• Verbesserung der Kooperationsstruktur zwischen Schule, Jugendhilfe und Eingliederungshilfe<br>• Bekämpfung von Schulabbrüchen und Förderung von Zweitbildungsabschlüssen<br>• Ausbau psychosozialer Unterstützungsangebote | • Frühere Berufsorientierung in Schulen, abgestimmt mit der Bundesagentur für Arbeit<br>• Weiterer Ausbau der Jugendberufsagenturen<br>• Ausbau des Startchancenprogramms an Schulen<br>• Integration von Jugendhilfe, Schule und Gesundheitsleistungen in Familienzentren in Kitas und Schulen | • Sonderprogramm für den (Wieder-)Aufbau von Strukturen für Jugendarbeit in Kommunen<br>• Bund und Länder sollen Kosten für Jugendsozialarbeit übernehmen<br>• Inklusive Kinder- und Jugendhilfe zur ganzheitlichen Förderung aller Jugendlichen<br>• Bessere Unterstützung von Careleavern<br>• Mittelaufstockung des Kinder- und Jugendplans<br>• Mehr Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Inklusion<br>• Ausbau des Startchancenprogramms<br>• Praxisnahe Angebote und stärkere Einbindung von Ausbildungsbetrieben zur Berufsorientierung | • Verbesserung der Finanzierung durch Kommunen und Länder für Kinder- und Jugendeinrichtungen, Aufstockung der Mittel des Kinder- und Jugendplans<br>• Schulsozialarbeit und Schulpsychologie flächendeckend und dauerhaft an Schulen<br>• Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge, insbesondere Jugendzentren und Schulen<br>• Schutz und Förderung von queeren Jugendzentren und Projekten, auch im ländlichen Raum | • Stärkung der Berufsorientierung durch Azubi-Botschafter und Jugendberufsagenturen<br>• Weiterentwicklung des Startchancenprogramms<br>• Einführung eines beruflichen Orientierungsjahrs analog zum FSJ | • Investitionsprogramm „Kinder und Bildung“ zur Stärkung einer kinder-, jugend- und familienfreundlichen Infrastruktur<br>• Förderung unterstützender Teams in Schulen, z. B. für Sozialarbeit und Schulpsychologie<br>• Stärkung der Berufsvorbereitung in der Sekundarstufe I | • Frühere Berufsorientierung,<br>• keine weiteren spezifischen Angebote |

## 2. Berufliche Bildung und Passungsprobleme am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

Die Parteien setzen unterschiedliche Schwerpunkte bei der beruflichen Bildung und der Lösung von Passungsproblemen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Während CDU/CSU und FDP auf Talentförderung und innovative Konzepte setzen, wollen SPD, Grüne ihre Ausbildungsgarantie fortsetzen und legen wie die Linke besonderen Wert auf soziale Absicherung und Unternehmensverantwortung. Auch das BSW fordert eine Rechtsgarantie auf einen Ausbildungsplatz. Die AfD betont vor allem Leistung und strengere Vermittlungsauflagen von Trägern und Ämtern.

# Vergleich: Wahlprogramme der Parteien

## 2. Berufliche Bildung und Passungsprobleme am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

| CDU/CSU | SPD | DIE GRÜNEN | DIE LINKE | FDP | BSW | AfD |
|---|---|---|---|---|---|---|
| • Verbindliche Regelung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung; Förderung beider Bildungswege<br>• Weiterentwicklung der dualen Ausbildung, Verstärkung der Berufsbildung durch die Allianz für Aus- und Weiterbildung<br>• Einführung von innovativen Konzepten für Schulabgänger:innen und Studienabbrecher:innen wie dem Freiwilligen Handwerksjahr<br>• Überprüfung und Anpassung von Aus- und Fortbildungsordnungen, Stärkung der Teil- und Weiterqualifizierungen<br>• Erweiterung der Begabtenförderung und Unterstützung von Talenten<br>• Förderung von Helfer:innentätigkeiten hin zu qualifizierten Fachkräften und Anreize für berufliche Qualifikationen | • Potenzialförderung von jungen Menschen ohne Berufsabschluss<br>• Fortführung der Ausbildungsgarantie<br>• Verstärkte Verantwortung der Unternehmen für die Ausbildung, z.B. über die Einführung von Umlagen oder Fonds<br>• Stärkere Finanzierung aktiver Arbeitsmarktpolitik und Erweiterung des Passiv-Aktiv-Transfers<br>• Anhebung der Mindestausbildungsvergütung und regelmäßige Anpassung des BAföG<br>• Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart für alle | • Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung<br>• Förderung von Maßnahmen der Ausbildungsbegleitung<br>• Stärkung von Ausbildungsverbünden<br>• Anpassung des BAföG und Erhöhung der Freibeträge<br>• Unterstützung von Bürgergeldbeziehenden durch Qualifizierung, Ausbildung, Weiterbildung | • Stärkung von Ausbildungsbetrieben, besonders in Ostdeutschland<br>• Einführung einer solidarischen Ausbildungsumlage<br>• Sicherstellung einer vollqualifizierenden, gebührenfreien Ausbildung, Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren<br>• Schaffung einer Mindestausbildungsvergütung und unbefristeten Übernahme von Azubis in Betrieben<br>• Sanktionsfreies, inflationsangepasstes Aufstiegs-BAföG<br>• Förderung von längeren Umschulungen und erleichterten Externenprüfungen<br>• Bessere Löhne und Arbeitsbedingungen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt<br>• Umbau des Bürgergelds zu sanktionsfreier Mindestsicherung | • Exzellenzinitiative Berufliche Bildung und Förderung internationaler Berufsbildungsmobilität<br>• Berufliches Orientierungsjahr analog zum FSJ<br>• Einführung eines „Lebenschancen-BAföG“<br>• Reform der Grundsicherung | • Aufwertung von mittleren Schulabschlüssen und Ausbildungsberufen<br>• Rechtsgarantie auf einen Ausbildungsplatz<br>• Praktikumskonzept zur Förderung der Kooperation von Unternehmen/ Betrieben mit Schulen<br>• Berufsbildungspakt zur Modernisierung von Berufsschulen<br>• Leistungsstarke und leistungsgerechte Arbeitslosenversicherung, Grundsicherung statt Bürgergeld | • Höhere Bildungsstandards und stärkere Betonung von Leistung und Begabung<br>• Förderung der dualen Ausbildung, Wertschätzung der Berufsschulen, mehr Kooperationen mit Unternehmen<br>• Unterstützung von Teil- und Weiterqualifizierungen<br>• Einführung eines Freiwilligen Handwerksjahrs für Schulabgänger:innen und Studienabbrecher:innen<br>• Erhöhte Zugangsvoraussetzungen für Grundsicherung, Arbeitsauflagen nach 6 Monaten<br>• Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen nur noch bei Bildungsträgern mit nachweisbarem Vermittlungserfolg |

### 3. Fachkräftemangel in sozialer Arbeit und Bildung

Der Mangel an Sozialarbeiter:innen und Sozialpädagog:innen wird kaum direkt erwähnt. Bei den Parteien finden sich eher Aussagen zu Erzieher:innen-, Lehrer:innen- sowie allgemeinem Fachkräftemangel. Die Parteien setzen dabei unterschiedliche Schwerpunkte.

Während CDU/CSU, SPD und Grüne auf eine höhere Erwebsquote von Frauen sowie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und die Anwerbung ausländischer Fachkräfte setzen, legen Linke und BSW besonderen Wert auf die Verbesserung der heimischen Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Die AfD betont die Förderung heimischer Potenziale und strikte Kriterien für die Zuwanderung.

# Vergleich: Wahlprogramme der Parteien

## 3. Fachkräftemangel in sozialer Arbeit und Bildung

| CDU/CSU | SPD | DIE GRÜNEN | DIE LINKE | FDP | BSW | AfD |
|---|---|---|---|---|---|---|
| • Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen zur Ermöglichung von Vollzeit- oder vollzeitnaher Arbeit<br>• Abschaffung des Vorbeschäftigungsverbot nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze<br>• Attraktive Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen<br>• Vereinfachte Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, Einführung einer digitalen Einwanderungsagentur<br>• Fokus auf Anwerbung ausländischer Fachkräfte und Vereinfachung von Zuwanderungsprozessen | • Fachkräfteoffensive für Kitas und Schulen mit entlohnter Erzieher:innenausbildung, Ausbau von Ausbildungskapazitäten<br>• Förderung von vollzeitnahen Tätigkeiten, insbesondere bei Frauen in sozialen Berufen<br>• Vereinfachte und transparente Anerkennung ausländischer Abschlüsse<br>• Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und Digitalisierung von Verwaltungsprozessen | • Schulgeldfreie Ausbildungen, schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse und flexiblere Weiterbildungen<br>• Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf<br>• Nutzung von KI und Automatisierung zur Entlastung von Verwaltungsprozessen<br>• Förderung von Fachkräften aus dem Ausland – Schaffung einer zentralen Anerkennungsstelle für ausländische Abschlüsse | • Verbesserung der Finanzierung von Ausbildungen in Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsberufen<br>• Mehr Investitionen und ausreichend gut qualifiziertes Personal in Bildung und Erziehung<br>• Unterstützung von Gewerkschaften bei der Verbesserung tarifvertraglicher Regelungen | • Schulgeldfreie und vergütete Erzieher:innenausbildungen, Ausbau der Ausbildungskapazitäten<br>• Grundlegende Modernisierung von pädagogischen Aus-, Fort- und Weiterbildungen<br>• Beschleunigte und digitalisierte Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse | • Fokussierung auf junge Menschen in Deutschland statt Anwerbung ausländischer Fachkräfte<br>• Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe<br>• Unterstützung von Ländern und Kommunen bei der Ausbildung von mehr Lehrern und Erziehern<br>• Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allen Bildungseinrichtungen<br>• Ausbau von pädagogischen Ausbildungs- und Studiengängen<br>• Bekämpfung des Mangels an Lehrkräften durch attraktive Arbeitsbedingen | • Förderung heimischer Potenziale durch Qualifizierung und Ausbildung junger Menschen in Deutschland<br>• Begrenzung der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte nach strikten Kriterien, Priorisierung heimischer Potenziale<br>• Trennung von humanitärem Schutz und qualifizierter Zuwanderung<br>• Förderung von Betriebskindergärten |

### 4. Demokratieförderung und Extremismusprävention bei Jugendlichen

Die SPD, Grüne und Linke möchten das Wahlalter auf 16 Jahre senken, die Jugendbeteiligung stärken und unterstützen das Demokratiefördergesetz. CDU/CSU und FDP legen Wert auf verpflichtende Gedenkstättenbesuche, nationale Identität und historische Bildung, während SPD, Grüne und Linke stärker auf zivilgesellschaftliche Initiativen und Vielfalt setzen.

SPD, Grüne und BSW fordern mehr Demokratiebildung in Schulen zur Förderung der politischen Bildung, wobei das BSW auf “friedenspädagogische” Formate setzt. SPD und Grüne wollen insbesondere Jugendparlamente und -verbände stärken. Die Linke will die Verankerung von politischer Bildung auch in der Ausbildung. Die AfD betont Eigenverantwortung und einen staatskritischen Bildungsansatz und vermeidet zivilgesellschaftliche Ansätze.

# Vergleich: Wahlprogramme der Parteien

## 4. Demokratieförderung und Extremismusprävention bei Jugendlichen

| CDU/CSU | SPD | DIE GRÜNEN | DIE LINKE | FDP | BSW | AfD |
|---|---|---|---|---|---|---|
| • Förderung des Zusammenhalts durch Gemeinwohldienst<br>• Verpflichtende Besuche von Gedenkstätten<br>• Zügiger Weiteraufbau des Deutsch-Israelischen Jugendwerks für Jugendaustausch, Vermittlung eines realistischen Israelbildes<br>• Gesetz zur Bekämpfung von Extremismus, Grundlagenforschung zum Thema an Hochschulen<br>• Ansiedlung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Bundesinnenministerium | • Förderung von Vielfalt in Bildungsplänen und Schulbüchern<br>• Einführung eines Demokratiefördergesetzes, Stärkung von Programmen wie „Demokratie leben!“<br>• Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre<br>• Verankerung der Beteiligung von Jugendlichen in politische Prozesse<br>• Förderung u.a. von Jugendverbänden, Jugendparlamenten<br>• Förderung von Demokratiebildung in Schulen | • Stärkung von Beteiligungsgremien wie Kinder- und Jugendparlamente, Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz<br>• Gedenkstättenbesuche<br>• Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre<br>• ·Gemeinsame Gestaltung von Verbesserungen für junge Menschen mit jungen Menschen<br>• Einführung eines Demokratiefördergesetzes, Stärkung von Programmen wie „Demokratie leben!“<br>• Unterstützung migrantischer Jugendverbände, Förderung von Mehrsprachigkeit | • Einführung eines Demokratiefördergesetz<br>• Stärkung politischer Bildung<br>• Politische Bildung, Medienkompetenz und KI-Wissen als Teil der beruflichen Ausbildung<br>• Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, Wahlrecht für Nicht-Deutsche nach fünf Jahren Aufenthalt | • Förderung wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Bildung sowie von Demokratie und Medienkompetenz in Schulen<br>• Verpflichtende Gedenkstättenbesuche sowie von Synagogen als Ort aktuellen jüdischen Lebens<br>• Ausbau des Deutsch-Israelischen Jugendwerks<br>• Thematisierung der Deutschen Teilung und des DDR-Unrechtsregimes | • Stärkung der politischen Bildung, friedenspädagogischer Formate und Demokratiebildung<br>• Kitas und Schulen als diskriminierungsfreie Schutzräume | • Förderung der Schulbildung junger Menschen zu gut gebildeten und kritischen Bürger:innen<br>• Vermittlung von Eigenverantwortung und Befähigung zur Mitwirkung in Staat und Ehrenamt |

## 5. Teilhabe benachteiligter junger Menschen

SPD, Grüne und FDP teilen das Ziel, Bildungsgerechtigkeit durch das Startchancenprogramm zu fördern, wobei die Grünen mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm noch darüber hinausgehen wollen. Das BSW fordert ein Bildungsrahmengesetz. Grünen, Linken und SPD ist die Bekämpfung von Kinderarmut über eine Kindergrundsicherung ein besonderes Anliegen. Das BSW will diese vor allem über die Reduzierung der Elternarmut bekämpfen. Diese vier Parteien wollen zudem für jugendgerechte Infrastruktur sorgen.

Den Plan einer Zusammenführung von Familienleistung und Erleichterung einer Antragstellung ist CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP gemein, wobei unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden. Die Linke fordert die Aufnahme eines Rechtsanspruchs auf soziale Teilhabe ins Grundgesetz, während die AfD Leistungsorientierung in den Vordergrund stellt.

# Vergleich: Wahlprogramme der Parteien

## 5. Teilhabe benachteiligter junger Menschen

| CDU/CSU | SPD | DIE GRÜNEN | DIE LINKE | FDP | BSW | AfD |
|---|---|---|---|---|---|---|
| • Förderung der Schulreife durch Mindeststandards, Ausbau der Betreuungsplätze, Investitionsprogramm für Länder und Kommunen<br>• Einführung einer integrierten Leistungsplanung für Sozialleistungen aus einer Hand | • Ausbau des Startchancenprogramms<br>• Infrastruktur für soziale Teilhabe<br>• Unbürokratische Geldleistungen, zentrale Ansprechstelle und Kombination von Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld<br>• Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Investition in Bildung für benachteiligte Kinder | • Bundesweites "Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung"<br>• Bekämpfung von Kinderarmut durch Vereinfachung von Anträgen und zentrale Ansprechstellen für Familienleistungen, Überwindung von unterschiedlichen Rechtskreisen und Zuständigkeiten<br>• Unterstützung der Kommunen beim Ausbau einer jugendgerechten Infrastruktur | • Aufnahme des Rechtsanspruchs auf soziale Teilhabe und Schutz vor Gewalt für Kinder und Jugendliche ins Grundgesetz<br>• Förderung von kostenfreien und barrierefreien Einrichtungen wie Bibliotheken, Musikschulen und Jugendzentren<br>• Bekämpfung von Kinderarmut mit einer Kindergrundsicherung u.a. aus Kindergeld, Kinderzuschlag, Unterkunftskosten | • Weiterentwicklung des Startchancenprogramms und Einführung frei einsetzbarer Chancenbudgets für Schulen<br>• Stärkung pädagogischer, personeller und finanzieller Kompetenzen der Schulen<br>• Entbürokratisierung, Digitalisierung und Automatisierung von Familienleistungen | • Förderung einer jugendfreundlichen Infrastruktur; Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur in benachteiligten Gebieten<br>• Einführung eines Bildungsrahmengesetzes<br>• Angleichung von Kindergeld und Steuerfreibetrag<br>• Höhere Löhne und bessere soziale Absicherung | • Förderung von Chancengerechtigkeit und Leistungsorientierung im Bildungssystem<br>• Unterstützung der individuellen Entfaltung junger Menschen durch Heranführung an den Leistungsgedanken |

## 6. Junge Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte

Während CDU/CSU, SPD und Grüne auf Sprachförderung und Integrationskurse setzen, legt die FDP besonderen Wert auf die Trennung von Sprach- und Integrationskursen sowie deren Prüfung.

Die Linke fordert umfassende Arbeitserlaubnisse und kostenlose Sprachkurse, die AfD strikte Zuzugsbegrenzung und strengere Integrationsanforderungen. SPD, Grüne und Linke betonen die Einführung oder Weiterentwicklung von Teilhabe- und Partizipationsgesetzen zur langfristigen gesellschaftlichen Integration.

Das BSW will den Jobturbo weiterführen, Asylregelungen verschärfen und das Nachholen von Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen ermöglichen.

# Vergleich: Wahlprogramme der Parteien

## 6. Junge Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte

| CDU/CSU | SPD | DIE GRÜNEN | DIE LINKE | FDP | BSW | AfD |
|---|---|---|---|---|---|---|
| • Fortführung bewährter Programme an Deutsch- und Integrationskursen<br>• Förderung des berufsbegleitenden Spracherwerbs<br>• Kein Bürgergeld, sondern Asylbewerberleistungen für Ukrainer:innen<br>• Verschärfung der Asylregelungen, klare Trennung zwischen humanitärer Aufnahme und Fachkräfteeinwanderung, Vorrang von Sachleistungen | • Ermöglichung von gleichen Chancen in Kitas und Schulen unabhängig von Herkunft<br>• Ausbau und dauerhafte Finanzierung von Integrationsstrukturen<br>• Fortsetzung und Ausweitung des Jobturbo, frühzeitige Ermöglichung einer Arbeitsaufnahme, erleichterte Anerkennung von Abschlüssen<br>• Einführung eines Partizipationsgesetzes | • Stärkung der Bildungssysteme für gleiche Chancen auf Teilhabe<br>• Finanzielle Unterstützung der Kommunen mit Integrationsoffensive<br>• Kompetenzchecks für arbeitsbezogene Genehmigungen und Anerkennungen, Abbau von Arbeitsmarktbarrieren für Geflüchtete, Integration durch Beschäftigung<br>• Ermöglichung eines Wechsels von Asyl- zu Arbeitsmigrationsverfahren | • Arbeitserlaubnis für Geflüchtete ab dem ersten Tag der Ankunft<br>• Fonds für Willkommenskommunen<br>• Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, kostenlose Sprachkurse<br>• Geld- statt Sachleistungen auf Höhe der Mindestsicherung<br>• Ablehnung der Asylrechtsverschärfungen<br>• Bundespartizipationsgesetz zur Einbeziehung von Menschen mit Migrationsgeschichte | • Schneller Zugang zum Arbeitsmarkt für Schutzsuchende mit Bleiberecht<br>• Überprüfung von Integrationskursen auf Wirksamkeit, klare Trennung von Sprach- und Integrationskursen<br>• Modulare, leistungsdifferenzierte und berufsbegleitende Gestaltung von Sprachkursen mit Fokus auf Arbeitsmarktintegration<br>• Verschärfte Asylregelungen, stärkere Wohnsitzauflage, Sach- statt Geldleistungen | • Nachholbare Schulabschlüsse und Nachqualifikation in der Erwachsenenbildung<br>• Umsetzung des Jobturbos für Ukrainer:innen und andere Flüchtlingsgruppen mit Schutzstatus<br>• Verschärfte Asylregelungen, Begrenzung des Zuzugs | • Strikte Zuzugsbegrenzung zur Sicherung der Integrationsfähigkeit<br>• Keine Sozialanreize, verpflichtender Spracherwerb auf B2-Niveau innerhalb von 2 Jahren, aktive Integrationsbeteiligung<br>• Rückzahlungskosten bei gescheiterter Integration, Anerkennung deutscher Werte als Voraussetzung<br>• Gleichstellung ukrainischer Kriegsflüchtlinge mit Asylbewerber:innen, keine Aufnahme ins Bürgergeld-System |

## 7. Inklusion und junge Menschen mit Behinderung

Während Grüne und Linke ein inklusives Bildungssystem fordern, setzen FDP und Union auf eine Kombination aus Förderschulen und inklusiven Ansätzen. Die AfD will Förderschulen als Regelfall beibehalten.

SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP betonen den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt, während die Linke die Verankerung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Grundgesetz und eine Beschäftigungsquote fordert. Das BSW fordert die konsequente Umsetzung der Behindertenrechtskonvention.

# Vergleich: Wahlprogramme der Parteien

## 7. Inklusion und junge Menschen mit Behinderung

| CDU/CSU | SPD | DIE GRÜNEN | DIE LINKE | FDP | BSW | AfD |
|---|---|---|---|---|---|---|
| • Erleichterter Zugang zu Ausbildung und Arbeit, Stärkung der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt<br>• Förderung von Inklusionsbetrieben und Werkstätten<br>• Unterstützung individueller Bildungschancen durch Inklusionsangebote und Förderschulen<br>• Integrierte Leistungsplanung<br>• Förderung barrierefreier Zugänge<br>• Nutzung der Digitalisierung für mehr Teilhabe und Inklusion | • Förderung des gleichen Rechts auf Arbeit für Menschen mit Behinderungen<br>• Stärkere Unterstützung beim Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt<br>• Weiterentwicklung der Werkstätten für behinderte Menschen, Verbesserung der Einkommenssituation der Beschäftigten<br>• Herstellung von Barrierefreiheit im privaten und öffentlichen Raum | • Inklusive Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII mit zentralen Ansprechstellen<br>• Förderung eines durchgängig inklusiven Bildungssystems<br>• Förderung junger Menschen mit Behinderungen beim Übergang ins Erwachsenenleben, Stärkung der Ausbildungsbegleitung, individueller Förderung<br>• Automatisierte Überwindung von Zuständigkeitsgrenzen zwischen staatlichen Ebenen<br>• Übergang in den ersten Arbeitsmarkt und Weiterentwicklung des Werkstättensystems hin zu Inklusionsunternehmen mit Mindestlohn und Rentenansprüchen | • Rechte von Menschen mit Behinderungen ins Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz<br>• ·EU-Mindestlohnrichtlinie in Werkstätten für Menschen mit Behinderung anwenden<br>• ·Erhöhung der Beschäftigungsquote für Menschen mit Behinderungen, Abschaffen von Ausnahmeregelungen, bessere Finanzierung von Inklusionsbetrieben<br>• Umstrukturierung von Förderschulen, flächendeckend sonderpädagogisches Personal an Regelschulen, lebenslanges inklusives Lernen<br>• Verpflichtung privater Anbieter von öffentlich zugänglichen Dienstleistungen zur Barrierefreiheit | • Förderung eines inklusiven Bildungssystems mit gleichzeitigem Erhalt von Förderschulen<br>• Integration sonderpädagogischer Inhalte in die Grundausbildung von Pädagog:innen<br>• Vereinfachung des Nachweises einer dauerhaften Behinderung<br>• Praxisnahe Förderung und Arbeitsvermittlung | • Mehr Anreize zur Schaffung barrierefreier Arbeitsplätze<br>• Konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtekonvention (UN-BRK) | • Förderschulen als Regelfall für sonderpädagogischen Förderbedarf erhalten<br>• Inklusion ohne Überforderung von Schüler:innen und Lehrkräften<br>• Mindestlohn in Werkstätten für Menschen mit Behinderung durch Mittelumschichtung |

## 8. Umgang mit digitalen Medien und Künstlicher Intelligenz

CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP betonen die Bedeutung des DigitalPakts und die Qualifizierung von Lehrkräften, die Linke hingegen legt besonderen Wert auf kostenfreie digitale Bildung und Datenschutz.

Die AfD lehnt staatliche Zensur ab und fordert uneingeschränkte Meinungsfreiheit, während SPD, Linke und Grüne strengere Regulierungen gegen Desinformation und Hassrede fordern. Das BSW fordert ein Social-Media-Gesetz nach australischem Vorbild.

# Vergleich: Wahlprogramme der Parteien

## 8. Umgang mit digitalen Medien und Künstlicher Intelligenz

| CDU/CSU | SPD | DIE GRÜNEN | DIE LINKE | FDP | BSW | AfD |
|---|---|---|---|---|---|---|
| • Förderung der Digitalisierung an weiterführenden Schulen<br>• Förderung von Medienbildung und Informatik sowie kritischem Denken, Kreativität, Kommunikation und Kollaboration<br>• DigitalPakt Schule 2.0: Fokus auf digitale Infrastruktur, digitale Lehr- und Lernprogramme<br>• Wissenschaftliche Bewertung der Auswirkungen von Social Media und Entwicklung eines Maßnahmenpakets | • Weiterentwicklung des Digitalpakt Schule<br>• Durchsetzung von europäischen Verordnungen, u.a. Kennzeichnungspflicht von KI-generierten Inhalten, Bots<br>• Verpflichtung von Plattformen zum Vorgehen gegen Desinformation, Fake News und illegale Inhalte<br>• Stärkung des Jugendschutzes im Netz, Verfolgung von Netzstraftaten<br>• Unabhängigkeit von chinesischen und amerikanischen Plattformen | • Förderung digitaler Fähigkeiten, Medienkompetenz und politischer Bildung; Digitalisierung der Schulen<br>• Unbürokratische Umsetzung der KI-Verordnung unter Wahrung europäischer Werte, Schutz der Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit<br>• Bekämpfung von Hassrede mit einem digitalen Gewaltschutzgesetz, Umsetzung von DSA und DMA<br>• Rechtsstaatliche Verfolgung von Straftaten im Netz | • Lehr- und Lernmittelfreiheit auch für digitale Geräte<br>• Aufbau ausreichender Netzwerkinfrastruktur, Förderung von Medien- und Datenschutzkompetenz bei Kindern und Jugendlichen<br>• Kein Ersatz von Lehrkräften durch Lernsoftware und KI<br>• Weiterbildung von Lehrkräften in KI, Datenschutz und digitaler Technik<br>• Bevorzugung offener und freier Softwarelösungen (OER)<br>• Politische Bildung, Medienkompetenz und KI-Wissen als Bestandteil der beruflichen Ausbildung | • Modernisierung der Lehrpläne, Raum für MINT-Themen, Wirtschaft und Medienkompetenz<br>• Digitalpakt 2.0 zur technischen Modernisierung von Schulen und Lehrkräfteausbildung | • Keine Handys und Tablets in der Grundschule, geringer Einsatz auch in weiterführenden Schulen<br>• Social-Media-Gesetz nach australischem Vorbild | • Ablehnung staatlicher Zensur, „Faktenprüfer“ und Kontrollpolitik; Meinungsfreiheit soll uneingeschränkt bleiben<br>• Ablehnung digitaler Grundschulen, weiterführende Schulen sollen moderne IT-Ausstattung erhalten |

## 9. Wohnraum für benachteiligte junge Menschen

CDU/CSU und FDP bevorzugen Neubau, steuerliche Anreize und weniger Bürokratie. SPD und Grüne fordern direkte Investitionen und Mietbegrenzungen und fördern "Junges Wohnen".
Die Linke und BSW betonen die Notwendigkeit eines bundesweiten Mietendeckels und Investitionen im sozialen Wohnungsbau. Die AfD legt den Fokus lediglich auf die Begrenzung von Wohnraum für Asylsuchende.

# Vergleich: Wahlprogramme der Parteien

## 9. Wohnraum für benachteiligte junge Menschen

| CDU/CSU | SPD | DIE GRÜNEN | DIE LINKE | FDP | BSW | AfD |
|---|---|---|---|---|---|---|
| • Senkung der Baukosten durch mehr Bauland<br>• Weniger Bürokratie und mehr Digitalisierung in der Bauförderung<br>• Steuerliche Anreize für Vermieter:innen, die unterhalb der Vergleichsmiete vermieten<br>• Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Anpassung des Wohngelds<br>• Unterstützung des Neubaus von Wohnungen<br>• Sicherstellung eines wirksamen Mieter:innenschutzes | • Fortführung und Aufstockung des Bundesprogramms „Junges Wohnen“<br>• Unbefristete Mietpreisbremse<br>• Regelmäßige und automatische Erhöhung der BAföG-Wohnkostenpauschale<br>• Verstärkung der Investitionen in sozialen Wohnungsbau<br>• Barrierefreies und lebensphasengerechtes Wohnen | • Förderung des Wohnheimbaus durch das Programm „Junges Wohnen“<br>• Effektive Begrenzung von Mieten<br>• Einführung eines Mietstopp-Mechanismus in stark angespannten Wohnlagen<br>• Unterstützung von Obdachlosen durch den „Housing-First“-Ansatz<br>• Förderung des sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbaus | • Beteiligung von Unternehmen an der Finanzierung von öffentlichen, bezahlbaren Wohnheimen für Auszubildende<br>• Bundesweiter Mietendeckel<br>• Verbot von Staffel- und Indexmietverträgen; Regulierung von möblierten Wohnungsvermietungen, Ausweitung des Kündigungsschutzes<br>• Investition in sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau, kommunales Vorverkaufsrecht<br>• Rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk, kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger | • Verbesserung der Hinzuverdienstregeln in der Grundsicherung und im Wohngeld<br>• Sicherstellung der Übernahme angemessener Mietkosten in der Grundsicherung<br>• Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und Abschaffung von Umweltgutachten<br>• Ablehnung der Mietpreisbremse und eines bundesweiten Mietendeckels; stattdessen Anreize für Neubau und Modernisierung | • Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus durch zinsvergünstigte Kredite, Wohnungsbauprogramms mit dauerhaft geltender Sozialbindung<br>• Einführung eines vereinfachten Genehmigungsverfahrens für sozialen Wohnungsbau<br>• Einführung eines bundesweiten Mietendeckels statt Erhöhung des Wohngeldes<br>• Investition in den Neubau von Mietwohnungen mit Fokus auf das preisgünstige Segment<br>• Einfrieren der Mieten bis zum Ende des Jahrzehnts in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten | • Begrenzung der Wohnungszuweisung an Asylberechtigte<br>• Keine weiteren Großunterkünfte in Brennpunkt-Quartieren mit hohem Anteil an Nicht-EU-Migrant:innen oder erhöhter Kriminalität<br>• Ablehnung von Sonderregelungen wie §246 BauGB für Unterkünfte von Migrant:innen |

## 10. Förderung der psychischen Gesundheit junger Menschen

SPD, Grüne und FDP fordern niedrigschwellige und digitale Präventionsangebote sowie den Ausbau von Therapieplätzen und Beratung. Grüne und Linke betonen zusätzlich die Notwendigkeit flächendeckend vorhandener Schulpsycholog:innen.

Die CDU/CSU fokussiert sich auf den bedarfsgerechten Ausbau ambulanter und stationärer Versorgung. Das BSW setzt auf mehr Ausbildungsplätze für Psychotherapeut:innen und den Einsatz von Schulpsycholog:innen. Die AfD betrachtet geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sowie Cannabislegalisierung als Gefahr für die psychische Gesundheit Jugendlicher. Angebote bietet sie dagegen nicht.

# Vergleich: Wahlprogramme der Parteien

## 10. Förderung der psychischen Gesundheit junger Menschen

| CDU/CSU | SPD | DIE GRÜNEN | DIE LINKE | FDP | BSW | AfD |
|---|---|---|---|---|---|---|
| • Bedarfsgerechte Verbesserung der ambulanten und stationären Versorgung psychischer Erkrankungen, insbesondere für Kinder und Jugendliche<br>• Ausbau psychosozialer Unterstützungsangebote | • Stärkung der Prävention psychischer Erkrankungen und Suchtprävention, besonders für junge Menschen<br>• Ausbau niedrigschwelliger, auch digitaler Beratungsangebote für psychisch belastete junge Menschen<br>• Verbesserung des Zugangs zu Psychotherapieplätzen, Ausbau der Versorgung für Kinder und Jugendliche<br>• Einrichtung von Gesundheitskiosken für vulnerable Gruppen<br>• Bedarfsorientierte Maßnahmen für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen im Rehabilitationssystem | • Ausbau von Mental Health Coaches und deren Gruppenangeboten an Schulen<br>• Sicherung bewährter Beratungsstellen wie der „Nummer gegen Kummer“<br>• Bund-Länder-Pakt zur Bereitstellung passgenauer psychosozialer und therapeutischer Angebote<br>• Ausbau von Therapieplätzen, Beratungsstrukturen und Fachkräfteausbildung<br>• Stärkung des Kinderschutzes durch Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt und gesetzliche Mindeststandards | • Schulpsycholog:innen und Schulsozialarbeit flächendeckend und dauerhaft an jeder Schule<br>• Therapien über das Kostenerstattungsverfahren unbürokratisch ermöglichen, bis ausreichend zugelassene Psychotherapeut:innen verfügbar sind<br>• Senkung oder Abschaffung der Ausbildungskosten für Psychotherapeut:innen<br>• Reform der Bedarfsplanung für Kassensitze | • Entstigmatisierung und Ausbau digitaler, niedrigschwelliger Angebote<br>• Verkürzung der Wartezeiten auf einen Therapieplatz, unbürokratisches Kostenerstattungsverfahren<br>• Fokus auf Prävention und Aufklärung im Umgang mit Suchtmitteln, inklusive der Cannabis-Legalisierung | • Schulpsycholog:innen zur Entlastung von Lehrkräften<br>• Mehr Ausbildungsplätze für Psychotherapeut:innen | • Ablehnung von „Trans-Kult“, “Frühsexualisierung” und “Genderideologie”<br>• Ablehnung der Legalisierung von Cannabis, stattdessen Ausbau der Suchtpsychiatrie zur Förderung der Abstinenz |

BAG ÖRT

Fachverband Jugendsozialarbeit | Örtlich regional Bundesweit vernetzt

# JUGENDSOZIALARBEIT IM FOKUS

## ANALYSE DER WAHLPROGRAMME ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025


Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT e.V.)
Marienburger Straße 1
10405 Berlin
www.bag-oert.de

**Prof. Dr. Frank Elster**
**Vorstandsvorsitzender**
**frank.elster@jugendbildung-hamburg.de**